



Inhaltsverzeichnis

11.12.2025	Weinheimer Nachrichten: Wie sicher sind Zwischenlager?	3
------------	--	---

Wie sicher sind Zwischenlager?

Kernenergie: Philippsburg klagt in Mannheim gegen die Bundesrepublik wegen der Einlagerung von aufgearbeitetem Atommüll.

Region. Das Brennelemente-Zwischenlager auf dem Gelände des ehemaligen Kernkraftwerks in Philippsburg steht in der kommenden Woche im Mittelpunkt einer zweitägigen Verhandlung vor dem baden-württembergischen Verwaltungsgerichtshof in Mannheim. Die Stadt Philippsburg und drei Anwohner klagen gegen die Genehmigung des Zwischenlagers. „Stadt Philippsburg und andere gegen Bundesrepublik Deutschland wegen Drittanfechtung atomrechtliche Aufbewahrungsgenehmigung“ heißt der Vorgang vor dem Verwaltungsgerichtshof. Verhandelt wird am Dienstag und Mittwoch, 16. und 17. Dezember.

Konkret wehren sich die Stadt und drei Anwohner gegen die Unterbringung von vier speziellen Castorbehältern im Brennelemente-Zwischenlager auf dem Gelände des ehemaligen Kernkraftwerks direkt gegenüber von Speyer auf der anderen Rheinseite. Diese Castoren sind gefüllt mit Atommüll aus deutschen Kernkraftwerken, der in der Wiederaufarbeitungsanlage im französischen La Hague in sogenannten Glas-kokillen eingeschmolzen wurde.

Bis zum Jahr 2005 hatten die deutschen Kernkraftwerksbetreiber den Müll zur Aufarbeitung in die Wiederaufarbeitungsanlagen in La Hague und Sellafield in England geschickt. In einem völkerrechtlichen Vertrag verpflichtete sich Deutschland dazu, den Atommüll auch wieder zurückzunehmen. Dieser Atommüll befindet in insgesamt 24 Castorbehältern.

Beschlossen wurde die Einlagerung in vier verschiedenen Zwischenlagern. Vier Castoren kamen im November 2024 nach Philippsburg, sechs bereits

im Jahr 2020 nach Biblis. Sieben Castoren sind im Frühjahr aus Sellafield nach Niederaichbach bei Landshut ins Zwischenlager des Kernkraftwerks Isar gebracht worden. Ein weiterer Transport der restlichen sieben Castoren nach Brokdorf ist für das Frühjahr 2026 geplant. Damit wäre der Transport von deutschem Atommüll aus Wiederaufarbeitungsanlagen abgeschlossen.

Widerstand gegen die vier „neuen“ Castoren

Gegen die vier „neuen“ Castoren im Zwischenlager hatte sich in Philippsburg von Beginn an Widerstand formiert. Übrig geblieben sind nun als Kläger neben der Stadt zwei Privatpersonen, die in der Nähe des Zwischenlagers wohnen und einen Campingplatz betreiben, außerdem ein Unternehmen, das in der Nähe des Kraftwerks eine Champignonzucht betreibt. Entsprechende Eilanträge gegen die Lagergenehmigung der Castoren aus La Hague wurden vom Verwaltungsgerichtshof abgelehnt. Doch weil der Gerichtshof noch Aufklärungsbedarf hat, sollen die offenen Fragen jetzt in einem Hauptsacheverfahren geklärt werden. Gestritten wird darüber, inwiefern moderne Waffensysteme bei den Szenarien im Genehmigungsverfahren berücksichtigt wurden oder ob der zufällige Absturz eines bewaffneten Kampfflugzeugs praktisch ausgeschlossen wurde. Dürfen solche Szenarien als sogenanntes Restrisiko gelten, gegen das keine Schadenersatzvorsorge verlangt werden könnte?

Zweifel an der grundsätzlichen Sicherheit des Zwischenlagers

Es geht also letztlich um wesentlich mehr als die vier Castorbehälter mit dem hochradioaktiven Restmüll, die nun zusammen mit 102 weiteren Castorbehältern mit Abfall aus dem direkten Kraftwerksbetrieb im Zwischenlager stehen. Genehmigt ist das Lager in einer speziell ausgebauten Industriehalle für 152 Castorbehälter. Es geht um die Zweifel an der grundsätzlichen Sicherheit des Zwischenlagers. Denn wenn ein bewaffnetes Militärflugzeug auf die Halle stürzen und explodieren würde, würden höchstwahrscheinlich nicht nur die vier „neuen“ Castoren in Mitleidenschaft gezogen.

Offen sind aus Sicht von Bürgermeister Stefan Martus nach wie vor Fragen zur Sicherheit vor gezielten Abstürzen von zivilen Flugzeugen, Militärmaschinen, Angriffen etwa durch Drohnen oder im Falle eines Krieges. Genehmigt worden ist das Lager im Jahr 2007. „Aber die Einwirkungsmöglichkeiten von außen haben sich seit Anfang der 2000er Jahre enorm verändert“, sagt Martus. Man habe vielleicht im Jahr 2002 geprüft, was Sprengstoff anrichten könne. Das habe sich längst überholt, zeigt sich der Bürgermeister überzeugt. Offen sind für den Verwaltungschef auch Fragen, bis zu welchem Grad der Einwirkung welche Behörde für das Lager zuständig ist. Wann darf die Polizei eingreifen, etwa im Falle eines Drohnenangriffs? Ab wann sei die Terrorgefahr so groß, dass die Zwischenlager unter Schutz der Sicherheitsinstitutionen gestellt gehört?

Das Bundesamt für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung (BASE) hält die Zwischenlager für sicher in allen vorgebrachten Belangen. „Durch die BASE-Genehmigung ist ein hohes Maß an nuklearer Sicherheit gegeben, die durch

den Betreiber umgesetzt und von der Landesaufsicht kontrolliert wird“, sagt BASE-Abteilungsleiter Christoph Bunzmann. Im Kriegsfall sei es Sache der Landesverteidigung, Maßnahmen zum Schutz der Zwischenlager zu ergreifen.

Bürgermeister Martus rechnet indessen nicht damit, dass die Kläger in allen

Punkten vor dem Verwaltungsgerichtshof gewinnen. Mut macht ihm aber die Tatsache, dass das Gericht der Stadt Philippsburg die Zulässigkeit der Klagebefugnis nicht abgesprochen habe. Anders ausgedrückt: Die Stadt sei berechtigt zu klagen. „Da werden nächste Woche vor Gericht Pflöcke eingeschlagen“,

ist Martus überzeugt. Von dem Urteil könne eine Signalwirkung für alle ehemaligen Standortkommunen deutscher Kernkraftwerke und auch für die Zwischenlagergemeinden Ahaus und Gorleben ausgehen.

Wörter:	709	Ausgabe:	Hauptausgabe
Autor/-in:	Von Bernhard Zinke	Auflage ¹ :	9.260 (gedruckt)
	77		9.809 (verkauft)
Seite:	15	Reichweite ² :	10.069 (verbreitet)
Ressort:	Metropolregion		0,02662 (in Mio)
Medienkanal:	PRINT		
Mediengattung:	Tageszeitung		
Medientyp:	PRINT		

Urheberinformation: Alle Rechte vorbehalten - DiesbachMedien GmbH

¹ von PMG gewichtet 10/2025

² von PMG gewichtet 7/2025